



6. Mai 2026

Postulat

von Tom Cassee (SP),
Severin Meier (SP)
und Lara Can (SP)

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie er seinen Einfluss auf die Pensionskasse der Stadt Zürich (PKZH) geltend machen kann. Ziel ist es, dass die PKZH ihr Anlagereglement so anpasst, dass künftig keine Gelder mehr in Unternehmen investiert werden, die Kriegsmaterial herstellen, das in Kontexten schwerwiegender Menschenrechtsverletzungen eingesetzt wird. Damit soll sichergestellt werden, dass Investitionen in Unternehmen wie Elbit Systems ausgeschlossen werden.

Begründung:

Die Pensionskasse der Stadt Zürich verwaltet erhebliche öffentliche Vorsorgegelder und trägt damit eine besondere Verantwortung für eine ethisch vertretbare Anlagepolitik. Offensichtlich sind die Ausschlusskriterien bei der PKZH mangelhaft, wenn mit Investitionen wie dem grössten israelischen Kriegsmaterialproduzenten allein im letzten Jahr einen Profit von fast 400'000 Franken erzielt wurde. Der Elbit-Aktienkurs hat sich seit dem 7. Oktober 2023 mehr als verdreifacht.

Andere Fonds zeigen, dass solche Investments ausgeschlossen werden können. Der global grösste Staatsfond in Norwegen hat diesen Sommer entschieden, dass er Aktien und Obligationen von israelischen Firmen abstösst, die in den Genozid in Gaza verwickelt sind und mitverantwortlich sind für Menschenrechtsverletzungen in den illegal besetzten Gebieten. Auch die grösste norwegische Pensionskasse KLP investiert nicht mehr in Elbit und hat sich zusätzlich entschieden, Firmen auszuschliessen, welche Elbit beliefern.

Der Stadtrat verfügt über den direkten Einflusskanal der Arbeitgebervertretungen im Stiftungsrat der PKZH, jenem Organ, das für das Anlagereglement zuständig ist. Es liegt im Handlungsspielraum des Stadtrats, diesen institutionellen Einfluss gezielt zu nutzen, um eine Änderung des Anlagereglements zu erwirken.

Tom Cassee

S. Meier

L. Can